

**Bericht und Antrag der GPK<sup>1</sup> zum Geschäftsbericht 2016 des Stadtrats**  
**GR Nr. 2017/87 vom 5. April 2017****1. Einleitung und generelle Bemerkungen**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, sie hat schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Mit Ausnahme des Sicherheitsdepartements hat jede Referentin und jeder Referent zudem mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadtratsmitglied beziehungsweise mit der Stadtschreiberin eine ausführliche Besprechung über das Geschäftsjahr 2016 geführt, in der GPK über das Gespräch Bericht erstattet und zuhanden des vorliegenden Berichts einige Aspekte zusammengefasst.

Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Hierfür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung:

- Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist ein grundlegendes Instrument, um die Arbeit der Exekutive und Verwaltung zu prüfen, allerdings beschränkt sich die GPK selbstverständlich nicht nur auf diese Informationsquelle.
- Die GPK kann in den einzelnen Departementen über das zuständige Stadtratsmitglied Abklärungen tätigen. Dies geschieht oft über den Referenten oder die Referentin. Bei umfangreicheren Geschäften nimmt die GPK diese Arbeit entweder in Arbeitsgruppen, Sub- oder Sonderkommissionen oder der Gesamtkommission wahr.
- Vierteljährlich prüft die GPK anhand der Quartalsberichte der Finanzkontrolle und deren mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen die Situation in den geprüften Dienstabteilungen.
- Die GPK trifft sich jährlich mindestens einmal mit dem Direktor der Finanzkontrolle, mit der Ombudsfrau halbjährlich und mit dem Datenschutzbeauftragten ein Mal pro Jahr,

---

<sup>1</sup> Präsident Dr. Bernhard Im Oberdorf (SVP), Vizepräsidentin Christine Seidler (SP), Walter Anken (SVP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Michail Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)

ausser es liegen besondere datenschutzrechtliche Fragen vor, was dann einen intensiveren Austausch zur Folge hat. Zwischen den Treffen geht die GPK Hinweisen aus den erwähnten Stellen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit nach.

Die GPK berichtet in einem separaten Bericht Anfang Jahr über ihre Tätigkeit. Vom Bericht zum Jahr 2016 vom 23. Januar 2017 (GR Nr. 2017/15) hat der Gemeinderat am 1. März 2017 Kenntnis genommen.

## **2. Geschäftsbericht des Stadtrats von Zürich**

Die GPK hat den Geschäftsbericht des Stadtrats in einem mehrstufigen Verfahren geprüft.

Die GPK-Mitglieder führten wenn möglich nach einer ersten Lektüre des Geschäftsberichts mit den Vorstehenden ihrer Referatsdepartemente ein Gespräch, bevor sich die gesamte GPK zur ersten Beratung des Geschäftsberichts traf.

Die GPK hat sich in einem ersten Schritt zu einer halbtägigen Sitzung getroffen und den Geschäftsbericht Kapitel für Kapitel beraten. Sie hat Fragen zusammengetragen, soweit diese vom zuständigen Referenten oder der zuständigen Referentin aufgrund des Departementgesprächs nicht schon beantwortet werden konnten. Die noch offenen Fragen wurden mehrheitlich schriftlich bei den Departementen eingereicht. Vereinzelt haben die Referenten und Referentinnen dem zuständigen Stadratsmitglied mündlich gestellt und umgehend mündlich oder teilweise nachträglich schriftlich Antwort erhalten.

Die Beratung der Antworten im Rahmen der zweiten Lesung gab Anlass zu wenigen Rückfragen.

Wie im Vorjahr waren für die GPK mit der dritten Lesung mit Ausnahme des Gesundheits- und Umweltdepartements alle Fragen genügend beantwortet, so dass im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts 2016 keine weiteren Rückfragen mehr gestellt wurden.

Die GPK schätzt die im Bericht stellenweise sichtbaren Bemühungen, konkrete Informationswünsche oder Hinweise zur besseren Verständlichkeit aus früheren Jahren aufzunehmen. Nach wie vor wünscht sich die GPK im Geschäftsbericht des Stadtrats aber eine kritischere Darstellung der städtischen Verwaltungstätigkeit, die auch Nichterreichtes, Verbesserungswürdiges oder Risiken beleuchtet, wobei diesbezüglich im vorliegenden Geschäftsbericht der Stadt Zürich teilweise eine grössere Bereitschaft zur Transparenz festgestellt werden kann.

## **2.1 Allgemeine Verwaltung**

Das Berichtsjahr 2016 stand, im Gegensatz zum Vorjahr, im Fokus der Innensicht. Zürich ist attraktiv und kann in den vergangenen Jahren erfreulicherweise auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. Dies spiegelt sich einerseits in den erfolgreichen Abstimmungen um Grossprojekte, andererseits um deren Planung und Eröffnung. Insbesondere zu erwähnen sind die positiven Abstimmungen zur Sanierung und Neuorganisation von Kongresshaus und Tonhalle, zum Baurecht der Sportarena in Altstetten, zu den Planungsprozessen um das Hochschulquartier und der SBB Areale oder die Eröffnung des Bettenhauses Stadtspital Triemli.

Um die positive Entwicklungsdynamik auch in Zukunft fortzusetzen, hat der Stadtrat dafür, wie angekündigt, anstelle der Legislatorschwerpunkte die langfristigen Herausforderungen der Stadt in den «Strategien 2035» gebündelt und die strategischen Schwerpunkte (Attraktiver Wirtschaftsstandort; Stabile öffentliche Finanzen; Nachhaltiges Wachstum; Solidarische Gesellschaft; Nachhaltige Energie und Schutz der Umwelt; Digitale Stadt; Kooperative Interessenvertretungen; Interne Organisation) in Angriff genommen.

In diesen Handlungsfeldern geben 25 strategische Ziele Lösungsansätze vor, an denen die Stadt Zürich ihr Handeln langfristig ausrichtet. Letztes Jahr standen insbesondere die Vortreibung einer nachhaltigen Wohn- und Verkehrspolitik, das Engagement für Flüchtlinge und die Energiepolitik im Fokus. Für Letztere wird sich der Stadtrat nach der Ablehnung des Gemeinderats, das EWZ in eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu überführen, dafür engagieren, innerhalb der bestehenden Rechtsform neue Lösungen zu suchen.

Digitalisierung ist auch in der Verwaltung der Stadt Zürich ein wichtiges Thema. Der Gemeinderat verabschiedete die totalrevidierte Publikationsverordnung. Damit wird neu die elektronische Publikation der amtlichen Mitteilungen rechtsverbindlich. Diesbezüglich scheint in der Verwaltung, wie sich auch im persönlichen Gespräch der Referentin mit der Stadtschreiberin bestätigte, eine Sensibilisierung zu wachsen für eine adressatengerechte und für Menschen mit Leseschwierigkeiten einfache Sprache. Dies ist ein Thema, das seitens Politik und Verbände aufgebracht wurde.

Herausforderungen der nächsten Jahre dürften geprägt sein von der stark gesellschaftlich geprägten Entwicklungsdynamik. Einerseits auf Grund des Bevölkerungswachstums im Rahmen der Innenverdichtung, die geprägt ist von strukturellen aber auch sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Andererseits zählt die international gestiegene politische Unsicherheit zu den grössten wirtschaftlichen Risiken.

## **2.2 Präsidialdepartement (PRD)**

Im Gespräch der Referentin mit der Stadtpräsidentin und der Departementssekretärin und dem Departementssekretär wurden bereits vor der Behandlung in der GPK einige Fragen zur Lohngleichheit, zu Kulturinstitutionen und zu den Jahresschwerpunkten besprochen und beantwortet. Der Geschäftsbericht des Präsidialdepartements ist klar gegliedert und gut lesbar.

Die GPK legte dieses Jahr in den Rückfragen den Fokus auf das Bevölkerungsamt (BVA), das Filmpodium und das Theaterspektakel. Die Aussagen im Geschäftsbericht zum BVA betreffend Selbstüberschätzung von Führungskräften warfen in der GPK einige Fragen auf. Es stellte sich mit der Beantwortung der Fragen heraus, dass sich die Aussage allgemein auf die Erfahrung vieler Coachs bezieht und nicht auf das BVA. Die Leadership-Einschätzung im BVA dauert noch an; die Ergebnisse liegen Ende 2017 vor.

Im Filmpodium veranlasste der Rückgang der Eintritte zu Fragen. Der Rückgang widerspiegelt offenbar den allgemeinen Rückgang der Studiokinobranche. Über die sozialen Medien werden aber wieder vermehrt jüngere und breitere Publikumskreise angesprochen.

Beim Theaterspektakel lag der Fokus der GPK auf der Zusammensetzung der Eintrittskarten. Der Anteil verkaufter Karten beträgt 87,7 Prozent, der Anteil Freikarten 12,3 Prozent.

### **2.3 Finanzdepartement (FD)**

Die in sechs Handlungsfeldern (Führungskultur, Personalentwicklung, Nutzen der Vielfalt als Chance, Wettbewerbsfähige Anstellungsbedingungen, Klarer Auftritt als attraktive Arbeitgeberin, Rollen und Prozesse im Personalmanagement) weitergeführten Arbeiten am Gesamtprojekt «Umsetzung HR-Strategie» sollen Ende 2018 abgeschlossen werden. Hier liegt ein entscheidender Faktor für den künftigen Erfolg der städtischen Verwaltung, weshalb der sorgfältigen Durchführung und der richtigen Balance zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung grosse Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Der GPK wurde auf Nachfrage versichert, dass 2016 – entgegen dem Anschein auf Grund der auf Seite 74 des Berichts ausgewiesenen Kennzahlen – kein ausserordentlicher Anstieg der Anzahl Führungskader im Vergleich zum Vorjahr erfolgt ist. Die Änderungen begründen sich vielmehr durch eine neue Verbuchungspraxis auf Grund der Umstellung des entsprechenden IT-Moduls.

Die GPK liess sich über die Gründe orientieren, welche zu den im Geschäftsbericht nicht erwähnten Friktionen im Zusammenhang mit der Mietzinsberechnung bei den Erstvermietungen in der Wohnsiedlung Kronenwiese geführt haben. Sie geht auf Grund der erhaltenen Auskünfte davon aus, dass die notwendigen Prozessanpassungen vorgenommen wurden.

### **2.4 Sicherheitsdepartement (SID)**

Mehrere Fragen des Referenten konnten bereits im Gespräch mit den beiden Departementssekretären geklärt werden oder die Antworten wurden später nachgereicht.

Vor rund neun Jahren wurde von der damaligen Vorsteherin des Polizeidepartementes die Namensänderung in Sicherheitsdepartement angeregt. Diese wurde vom Volk im Jahre 2015 im Rahmen der Zustimmung zur neuen Gemeindeordnung angenommen und ab Anfang

Oktober 2016 umgesetzt. Hintergrund der Namensänderung war, dass im Polizeidepartement vielfältigere Aufgaben erbracht werden als nur die klassische Polizeiarbeit, so z.B. Schutz und Rettung, Zivilschutzorganisation, Verkehr und das Stadtrichteramt.

Die Stadtpolizei hat in Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten für das Pilotprojekt «Bodycams» (Körperkameras) ein Reglement erarbeitet, welches vom Stadtrat genehmigt wurde, so dass der Pilot Anfang 2017 starten konnte. Das Reglement wurde nötig, weil mit Bodycams Ton- und Bilddaten erfasst werden und somit in die Grundrechte der betroffenen Personen eingegriffen wird. Bodycams waren bisher vor allem in den USA bekannt. Ziel des Bodycam-Einsatzes bei uns ist demgegenüber, der zunehmenden Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten zu begegnen.

Die Stadt Zürich hat sich in den letzten Jahren zu einem Anziehungspunkt für Partygängerinnen und Partygänger entwickelt. Jedes Wochenende zieht es Zehntausende in die Clubs und Bars der Limmatstadt. Diese Entwicklung ist aus wirtschaftlicher Sicht sehr erfreulich, hat aber auch negative Begleiterscheinungen, für die im Projekt «Nachtleben» Lösungen erarbeitet werden sollen. Neben dem Littering, den Lärmemissionen oder dem Vandalismus ist auch die Gewalt ein Problem. Im Projekt «Runder Tisch» haben sich Anwohnende, Club- und Barbetreibende, Gewerbetreibende und die Stadtverwaltung getroffen, die Probleme diskutiert und nach Lösungen gesucht. Allein dieser Austausch kann schon als Fortschritt bezeichnet werden.

Schutz und Rettung schützt Menschen, Tiere, Sachwerte und die Umwelt rund um die Uhr. Um diesen Auftrag zu erfüllen, müssen Feuerwehr und Rettungsdienst im Notfall innerhalb von zehn Minuten ab der Alarmierung vor Ort sein. Bereits heute kann Schutz und Rettung die zehn Minuten im Norden, Osten und teilweise im Süden nicht mehr einhalten. Das Bevölkerungswachstum und damit auch die Zunahme beim Verkehr werden in Zukunft in diesen Gebieten den aktuell ungenügenden Zustand noch weiter verschärfen, denn im Notfall zählt bekanntlich jede Minute, um Leben zu retten. Die neue Standortstrategie weg von der zentralen Wache hin zu den dezentralen Wachen im Norden, Osten und Westen wird hier eine deutliche Verkürzung der Anfahrtszeit bringen.

## **2.5 Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)**

Die schriftlich eingebrachten Fragen wurden durch das Departement fristgerecht beantwortet. Im Rahmen der Besprechung des Geschäftsberichts mit der Vorsteherin des GUD sowie drei Mitarbeitenden konnten diverse Fragenkomplexe besprochen und vertieft werden. Schwerpunkte bildeten Massnahmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung, die Kostenstruktur und Auslastung der Operationsinfrastrukturen in den Stadtspitälern, die Entwicklung und Bedeutung der Krebsmedizin am Stadtspital Triemli, die Entwicklung der departements-internen Energie- und Umweltkennzahlen, die Zusammenarbeit der Städtischen Gesundheitsdienste mit der Stadtpolizei und der KESB, die Organisationsentwicklung beim UGZ. Besprochen wurde auch das Monitoring mit dem Kanton Zürich bezüglich der möglichen Ausbreitung der Tigermücke (*Aedes albopictus*) in der Stadt. Zu allen Fragen erhielt die GPK umfassende Informationen.

## **2.6 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED)**

Im Anschluss an den Besuch beim Vorsteher zur Vorstellung des Geschäftsberichts und der ersten Lesung durch die GPK wurden alle zweiundzwanzig schriftlich eingereichten Fragen beantwortet, sodass keine weiteren Rückfragen eingereicht werden mussten.

So fragte der Referent beispielsweise im Zusammenhang mit einer Badetuchaktion (grösstes, je erstelltes Bildmosaik mit Badetüchern) nach, was der Zusammenhang zwischen der Badetuchaktion und der Sauberhaltung des öffentlichen Raumes sei. Das TED antwortete, dass das für diese Aktion hergestellte Badetuch als zentrales Kommunikationsinstrument - quasi als «Botschafter» - für einen sorgsamen Umgang mit dem öffentlichen Raum der Stadt Zürich diene.

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr fanden die Versäumnisse beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz im diesjährigen Geschäftsbericht keine Erwähnung. Die GPK fragte nach dem Grund dafür. Das TED antwortete darauf, dass es bei Redaktionsschluss noch «keine Indizien für strafrechtlich relevante Verstösse [gab], nach der Ermahnung des ERZ-Direktors waren Massnahmen aufgegleist. Somit hatten die Ereignisse rund um ERZ im Jahre 2016 -

im Gegensatz zu 2015 und 2017 - nicht die Dramatik, die eine Behandlung im Vorwort unerlässlich scheinen liess.»

Nichtsdestotrotz war dieses Geschäft für die GPK über das ganze Jahr 2016 hinweg das umfangreichste. Es wurde weiterhin von einer Sonderkommission der GPK untersucht. Sonderkommission bedeutet, dass sich die GPK mit einem bestimmten Untersuchungsgegenstand in separaten Sitzungen auseinandersetzt, die vom zuständigen Referenten oder der Referentin und nicht vom Präsidenten oder von der Präsidentin geleitet wird.

## **2.7 Hochbaudepartement (HBD)**

Nachdem sich die GPK in der Berichtsperiode intensiv mit den Abläufen bei hochbaulichen Grossprojekten und der Beschaffungspraxis für Schulen auseinandergesetzt hatte, konzentrierten sich die Fragen zum diesjährigen Geschäftsbericht entsprechend im Wesentlichen auf das Amt für Hochbauten (AHB) und die Immobilienbewirtschaftung (IMMO).

Die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen und die Bekämpfung des Lohndumpings verdienen von der Stadt Zürich als Auftraggeberin und Bauherrin eine besondere Aufmerksamkeit. Die vom AHB eingeführten Massnahmen in diesem Bereich wurden auf Nachfrage der GPK präzisiert: Das AHB hat die KBOB Werkverträge eingeführt, sie mit zusätzlichen Elementen ergänzt und deren Einhaltung unter Konventionalstrafe gesetzt (KBOB = Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren). So bedarf der Beizug von Subunternehmen der ausdrücklichen Erlaubnis des AHB, auch wenn er nur einen unwesentlichen Teil der Arbeiten betrifft. Die Überprüfung erfolgt aufgrund der von Bauunternehmen eingereichten Selbstdeklarationen, der speziell auf diese Fragen sensibilisierten Bauleitungen und der Hinweise von Gewerkschaften.

Bei städtischen Hochbauprojekten orientiert sich das AHB zwar an den bekannten schweizerischen Standards, will damit jedoch mit Augenmass und je nach Bedeutung pragmatisch umgehen. So führt das Amt für Hochbauten die Erweiterung des Kunsthauses an, wo auf einen Nachweis nach Minergie verzichtet wurde, da die Wärmebilanz bei einer Museumsnutzung nicht die energetisch und ökologisch relevante Grösse darstellt.

Der Behauptung, dass das Portfolio-Management der IMMO den hohen Anforderungen gewachsen sei, welche eine sich so rasch entwickelnde Stadt stellt, steht der Unsicherheit gegenüber, wo und in welchen Proportionen die Bedürfnisse der Stadt ansteigen werden. Emblematisch dafür ist die Entwicklung des Schulraumbedarfs: Wie kann verhindert werden, dass es in gewissen Quartieren zu Engpässen kommt, während in anderen zu viel Schulraum gebaut wird? An der Schnittstelle zwischen Hochbaudepartement und Schul- und Sportdepartement (SSD) kommt einer engen Koordination zwischen SSD und IMMO eine besondere Bedeutung zu. Angesichts der schwierigen Voraussesbarkeit der demografischen Entwicklung der Quartiere kann man sich hier zweifelsohne schnell verschätzen. Auch die Entwicklung der Verwaltungliegenschaften, deren Bedarf gemäss IMMO langfristig gedeckt ist, gilt es im Auge zu behalten. So ist ein umfassendes neues Bürokonzept noch in der Konzeptphase und stadt-interne Studien existieren noch nicht. Besondere Beachtung verdienen diesbezüglich die kostenintensiven Fremdmieten, deren Kosten namentlich wegen Einmietungen für Kindergärten und Betreuungseinrichtungen am Steigen sind.

Die Anschaffung von Sofas für Schulen, welche von der GPK in Bezug auf die Einhaltung der Submissionsbestimmungen beanstandet wurde, unterstreicht die Notwendigkeit einer verstärkten Sensibilisierung der mit Beschaffung beauftragten Dienstabteilung und deren engen Zusammenarbeit mit der beim Finanzdepartement angesiedelten Arbeitsgruppe Submission.

## **2.8 Departement der Industriellen Betriebe (DIB)**

Die Besprechung des Geschäftsberichts 2016 mit dem Vorsteher des DIB fand im Anschluss an das Antrittsgespräch des Referenten mit einem Überblick über die verschiedenen Bereiche des Departements sowie der Vorstellung der Stabsmitarbeitenden statt. Im Gespräch wurden verschiedene Aspekte des Geschäftsberichts aufgegriffen und zu einzelnen Themen Rückfragen gestellt.

Bei der Wasserversorgung wurden die Qualität des Trinkwassers und Ursachen von Toleranzwertverletzungen besprochen. Insbesondere beim Quellwasser können heftige Regen-

fälle zu Verunreinigungen führen. Die Aufbereitung von Seewasser ist diesbezüglich weniger sensibel. In Zürich setzt sich das Trinkwasser zu ca. 70 Prozent aus Seewasser sowie je zu ca. 15 Prozent aus Quell- und Grundwasser zusammen. Auch die Abwehr von Cyberangriffen sowie mögliche Auswirkungen auf die Infrastruktur waren ein Thema.

Beim Elektrizitätswerk konnten Fragen zu Neuzuteilungen von Rückstellungen sowie zum gestiegenen Energiehandelsvolumen geklärt werden. Aufgrund angepasster Vorgaben wurden mehr Absicherungsgeschäfte getätigt. Die Intensivierung der Saisonalbewirtschaftung und die Zunahme der Intraday-Geschäfte lassen sich auf Veränderungen des Marktes zurückführen. Die GPK interessierte sich auch für die Auswirkungen der Zustimmung des Volkes zur Energiestrategie 2050 auf die Energiestrategie des Elektrizitätswerks. Geplant ist, das Produktionsportfolio langfristig auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzubauen, nachhaltige Wärme- und Kältelösungen anzubieten und eine smarte Infrastruktur (Glasfaser- und Verteilnetz) aufzubauen. Das Elektrizitätswerk nimmt betreffend erneuerbaren Energien bereits heute eine Pionierrolle ein. So werden derzeit auch Pilotanlagen in den Bereichen Geothermie, Solarthermie und Brennstoffzellen betrieben.

Bei den Verkehrsbetrieben erkundigte sich die GPK, inwieweit eine Angleichung des Fahrplans an denjenigen der SBB möglich sei, um den Reisenden der letzten Züge den Anschluss zu ermöglichen. Ebenso interessierte das Thema Werbung in und auf den Fahrzeugen. Beide Themenbereiche werden weitgehend durch übergeordnete Vorgaben bestimmt.

## **2.9 Schul- und Sportdepartement (SSD)**

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule nimmt weiterhin zu. Das führt nicht nur bei der Infrastruktur zu Engpässen. Auch auf der Verwaltungsebene ist mit Engpässen in der Schuladministration zu rechnen, die bisher noch mit Effizienzmassnahmen aufgefangen werden konnten. Die Fluktuationsraten von Lehr- und Betreuungspersonal und deren Entwicklung über die Jahre wurden bisher nicht systematisch erfasst, so dass keine verlässlichen Aussagen dazu gemacht werden können. Das SSD hatte zum Zeitpunkt des Gesprächs keine Signale, dass die zunehmende Belastung des Personals zu einer steigenden Fluktuation führt.

Die im Geschäftsbericht 2016 ausgewiesene Anzahl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im SSD ist gesunken. Das hängt damit zusammen, dass Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie die Kursleitenden der freiwilligen Sportkurse im Geschäftsbericht nicht mehr ausgewiesen werden. Dies wird nun stadtweit einheitlich gehandhabt und entspricht der Regelung des Kantons. Diese Stellen sind nicht stellenplanrelevant. Kantonal angestellte Lehrpersonen sind in den Kennzahlen ebenfalls nicht erfasst.

Der im Schulamt neu geschaffene Bereich «Controlling und Qualitätsmanagement» wird in den kommenden Jahren einheitliche Kennzahlen für die Schulkreise sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zur Steuerung der Schulentwicklung erarbeiten.

Die Fachschule Viventa führt seit Sommer 2016 Integrationskurse im Auftrag der AOZ durch. Die fehlende Planungssicherheit in Bezug auf die Anzahl benötigter Ausbildungsplätze ist eine Herausforderung.

Die Nachfrage nach ELDIS (Eltern lernen Deutsch in der Schule) geht weiter zurück, obwohl verschiedene Massnahmen getroffen worden sind und das Angebot auf weitere Standorte ausgedehnt wurde.

Die Durchführungsquoten bei den Kursen der Erwachsenenbildung sind markant gesunken. Die Gründe dafür liegen in der neuen Strategie, deren Ausarbeitung durch die Aufhebung des kantonalen Gesetzes und der Verordnung über die hauswirtschaftliche Fortbildung ausgelöst wurde. Die Strategie fokussiert auf Kurse, die den Auftrag der Viventa in einem engeren Sinn erfüllen und einen gesellschaftlichen Nutzen erbringen. Andere Kurse, die den Auftrag der Schule nur in einem weiteren Sinne erfüllen, werden nur noch durchgeführt, wenn sie einen Deckungsbeitrag leisten. Bei diesen Kursen hat sich die Anzahl erteilter Lektionen innerhalb eines Jahres halbiert.

## **2.10 Sozialdepartement (SD)**

Im Gespräch am 22. Mai 2017 mit dem Vorsteher des Sozialdepartements und den Departementssekretärinnen konnten diverse Fragen oder Unklarheiten im Zusammenhang mit den Ausführungen oder den tabellarischen Darstellungen im Geschäftsbericht 2016 geklärt werden, unter anderem bezüglich folgender Themen:

«Tramuki» Transkulturelle Mutter-Kind-Gruppen, aktuelle Standorte und weitere Planung: Das Angebot Tramuki wurde zwischen August 2016 und Februar 2017 kontinuierlich auf 6 Gruppen, verteilt auf das ganze Stadtgebiet, ausgeweitet. Im Sozialzentrum Selnau (zuständig für die Kreise 1, 2 und 3 ohne Sihlfeld, sowie 7 und 8) werden bis Juli 2017 zwei Gruppen parallel durchgeführt. Ab August 2017 gibt es dann auch eine Gruppe pro Durchlauf. Weitere Standorte sind zur Zeit nicht geplant.

Ein Gruppendurchlauf dauert 11 Monate. Eine Gruppe bietet Platz für 8 Mütter und ihre Kinder zwischen 0 und 3 Jahren. Die Tramuki-Gruppenstunden finden wöchentlich statt und dauern jeweils 1,5 Stunden. Während der Schulferien finden keine Gruppenstunden statt. Tramuki ist insbesondere für Mütter mit ihren kleinen Kindern vorgesehen, welchen es schwierig fällt, hier Fuss zu fassen. Eine Gruppe für Väter wird nicht angeboten. Viele Väter sind in der Regel durch Erwerbsarbeit und den Besuch von Deutschkursen besser integriert und vernetzt als die Mütter.

K&A, Kontakt- und Anlaufstellen, angepasste Öffnungszeiten: Die K&A gewährleisten drogenabhängigen niederschweligen Zugang zu Überlebenshilfe und Beratung. Die vier verschiedenen Standorte mit ergänzenden Öffnungszeiten garantieren eine umfassende dezentrale Versorgung.

Nach gezielten Leistungsüberprüfungen wurden die Öffnungszeiten der vier K&A angepasst. Über die ganz Stadt gesehen wurden die Öffnungszeiten pro Tag ausgedehnt, dafür gezielt sich überschneidende Öffnungszeiten minimiert und die Präsenzzeit in der K&A Brunau reduziert, was insgesamt zu einer Reduktion der Öffnungszeiten und des Personalbedarfs führte.

### **3. Abschreibungsanträge Postulate**

Gemäss Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats prüft die GPK die Berichte des Stadtrats zu den Postulaten und stellt anlässlich der Ratsdebatte zum Geschäftsbericht Antrag auf Abschreibung der Postulate oder Ergänzung der Berichte.

Der Gemeinderat hat am 18. September 2013 einen Beschlussantrag (GR Nr. 2013/314) überwiesen, worin eine Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats zur Neuregelung der Prüfung und Abschreibung von Postulaten verlangt wurde. Mit Beschluss vom 15. April 2015 (GR Nr. 2015/50) hat der Gemeinderat vom diesbezüglichen Bericht einstimmig Kenntnis genommen und den Beschlussantrag als erledigt abgeschrieben.

Wie bisher lud die GPK auch in diesem Jahr die ursprünglichen Postulatseinreichenden – oder, falls diese nicht mehr im Rat sind, deren Fraktion – ein, zum Abschreibungsantrag Stellung zu nehmen. Das einzige Kommissionspostulat wurde dem Büro des Gemeinderats zur Stellungnahme vorgelegt, da diese Kommission nicht mehr besteht. Das Büro hat aufgrund der Thematik die GPK und die RPK um eine Stellungnahme gebeten. Beide sind mit der Abschreibung einverstanden. Der Stadtrat beantragt ein Postulat aus einer Fraktion abzuschreiben, deren Partei nicht mehr im Gemeinderat vertreten ist. Die GPK beriet den Abschreibungsantrag ohne weitere Konsultationen und beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben. Im Gegensatz zu früher werden die Stellungnahmen nun den Vorsitzenden der Fraktionen oder Parlamentsgruppen eingereicht, welche für die interne Verteilung und den Rücklauf besorgt sind. Das gesamte Geschäft wurde nur noch auf elektronischem Weg abgewickelt.

Der Rücklauf der Stellungnahmen zu den insgesamt 165 Abschreibungsanträgen des Stadtrats erfolgte lückenlos und fristgerecht, auch dank der Unterstützung durch die Fraktionspräsidien. Insgesamt wurde in 59 (Vorjahr 110) Fällen Zustimmung zum stadträtlichen Abschreibungsantrag mitgeteilt, während in 106 (91) Stellungnahmen begründet wurde, warum der Abschreibungsantrag nicht gutgeheissen werden solle.

Die GPK prüfte die Stellungnahmen, behielt sich aber auf Grund der Prüfung des Sachverhalts und aller vorliegenden Informationen vor, dem Gemeinderat einen abweichenden Antrag (in der Praxis in der Regel einen Antrag auf Abschreibung) zu stellen. Die diesjährigen Anträge erfolgen einstimmig und im Sinne der Stellungnahmen aus dem Parlament.

#### **4. Motionen**

Motionen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Erfüllung überwiesen werden, sind gemäss Art. 92 der Geschäftsordnung des Gemeinderats innerhalb von zwei Jahren nach Überweisung zu erfüllen, respektive ist dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorzulegen. Der Stadtrat kann drei Monate vor Ablauf der Frist um eine Erstreckung um höchstens zwölf Monate ersuchen. Der Gemeinderat seinerseits kann, wenn er die Beurteilung des Stadtrats nicht teilt, eine Nachfrist von drei bis zwölf Monaten zur Vorlage der verlangten Anträge einräumen. Solange der Gemeinderat dem Stadtrat keine Nachfrist setzt, ist für den Stadtrat eine Motion erledigt. Die Motion lebt für den Stadtrat erst dann wieder auf, wenn der Gemeinderat die erwähnte Nachfrist setzt. Wie lange der Gemeinderat Zeit für eine Nachfristsetzung hat, ist in der Geschäftsordnung nicht geregelt.

Der Stadtrat hat im Berichtsjahr zu allen fälligen Motionen fristgerecht Antrag an den Gemeinderat gestellt.

#### **5. Dank**

Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den grossen Einsatz. Dem Stadtrat, der Stadtschreiberin, dem Rechtskonsulenten des Stadtrats sowie den Departementssekretärinnen und -sekretären dankt die GPK überdies für die gute Zusammenarbeit.

#### **6. Detailanträge**

Die nachfolgenden Postulate werden nach Prüfung durch die GPK zur Abschreibung, respektive zur Nichtabschreibung empfohlen.

Legende zu den Abschreibungsanträgen des Stadtrats

Ja = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats einverstanden.

Nein = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats nicht einverstanden.

Allgemeine Verwaltung / STS:

POS 2015/000043	04.02.2015 08.04.2015	Altinay Petek und Hug Christina Versand der easyvote Abstimmungshilfe an die jungen Stimmberechtigten
--------------------	--------------------------	--

**JA**

Präsidialdepartement:

POS 2008/000540	26.11.2008 10.12.2008	Angst Walter Stadtentwicklung, Konzentration verschiedener Dienstabteilungen
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2009/000328	08.07.2009 27.01.2010	Badran Jacqueline und Ammann Andreas Erhebung von Anzahl und Grösse der Zweitwohnungen in der Stadt Zürich
--------------------	--------------------------	---

**NEIN**

POS 2009/000566	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter und Glättli Balthasar Öffentlichkeitsprinzip, Überprüfung des Einsatzes der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2010/000378	08.09.2010 19.12.2012	Im Oberdorf Bernhard und Fehr Urs «Züri-Fäscht», Gestaltung eines kulturell ansprechenden Abendprogramms
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2011/000161	18.05.2011 16.01.2013	Savarioud Marcel Areal des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf, Erhalt als strategische Landreserve für Sondernutzungen im Interesse der gesamten Bevölkerung
--------------------	--------------------------	--

**NEIN**

POS 2011/000430	16.11.2011 03.04.2013	SP-Fraktion Einführung von benutzungsfreundlichen erweiterten Öffnungs- und Ansprechzeiten für Amtsstellen mit intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2012/000445	28.11.2012 05.03.2014	Wolff Richard Sicherung der Werke bildender Künstlerinnen und Künstler und ihrer Nachlässe sowie Regelung des Zugangs für die Öffentlichkeit
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2013/000330	18.09.2013 23.10.2013	SVP-, FDP- und CVP-Fraktion Verzicht auf eine nominale Erhöhung der Kulturausgaben bis zum Ende der Kulturleitbildungsperiode 2018
--------------------	--------------------------	---

**NEIN**



16 / 31

POS 2013/000427	04.12.2013 18.06.2014	Matter Sylvie Fee und Straub Esther Mahnmal für die Personen, welche in Zürich wegen Hexerei gefoltert und verurteilt wurden
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000428	04.12.2013 18.06.2014	Dubno Samuel und Bourgeois Marc Auftrag zur aktiven und verbindlichen Publikation der nicht dem Datenschutz oder dem Amtsgeheimnis untergeordneten Datenbestände der Stadtverwaltung
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000044	05.02.2014 03.09.2014	Recher Aleks Anonyme Erfassung der Merkmale Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in Befragungen, bei denen diese Merkmale mutmasslich von Relevanz sind
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000205	18.06.2014 22.10.2014	Garcia Isabel und Baumann Markus Einführung einer standardisierten CO <sub>2</sub> -Abgabe auf allen Flügen ab Zürich
<b>NEIN</b>		
<u>Finanzdepartement:</u>		
POS 2002/000444	30.10.2002 02.07.2003	Walther Rolf und Rosenheim Monjek Gebühren der Stadt Zürich, Bericht
<b>NEIN</b>		
POS 2002/000483	13.11.2002 09.03.2005	Bartholdi Roger und Liebi Roger Parkhäuser, Privatisierung
<b>NEIN</b>		
POS 2004/000497	15.09.2004 29.09.2004	Tognella Roger und 20 Mitunterzeichnende Submissionsverordnung, Nutzung des Spielraums bei der Vergabe städtischer Aufträge an KMU
<b>JA</b>		
POS 2005/000503	30.11.2005 14.12.2005	Erfigen Monika und Liebi Roger Pensionskasse Stadt Zürich, Verringerung der Zinslast durch Kapitalaufnahme
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000434	16.06.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG), Ergänzung des Stiftungsreglements
<b>NEIN</b>		
POS 2010/000500	01.12.2010 06.04.2011	AL-Fraktion Besteuerung der FIFA in der Stadt und im Kanton Zürich
<b>NEIN</b>		

POS 2011/000338	14.09.2011 27.02.2013	Badran Jacqueline und Graf Davy Erwerb der freierwerbenden Gebäude der kantonalen Polizei und Justiz für gemeinnützige Wohn- und Gewerbenutzungen
<b>NEIN</b>		
POS 2011/000377	05.10.2011 27.02.2013	Bär Linda und Badran Jacqueline Versand des Dankesbriefs für die Steuerleistung nach dem Zufallsprinzip oder Verzicht
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000175	18.04.2012 27.03.2013	Meier Daniel und Utz Florian Abgabe von städtischem Land nur für als Erstwohnsitz genutzten Wohnraum
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000197	09.05.2012 23.05.2012	AL-Fraktion Stiftung PWG, Vermietung eines bestimmten Mindestanteils an Wohnungen an Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen sowie Vorlage eines Berichts über die erreichten Ziele
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000016	16.01.2013 13.11.2013	Küng Peter und Halser-Furrer Michèle Verzicht auf Investitionen in Firmen, welche Waffen produzieren oder damit handeln
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000017	16.01.2013 13.11.2013	Utz Florian und Halser-Furrer Michèle Verzicht auf Rohstoffanlagen im Nahrungsmittelbereich
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000134	10.04.2013 22.01.2014	Nüssli-Danuser Andrea und Hochreutener Andrea «Weingarten» am Meierhofplatz, bessere Nutzbarmachung für die Allge- meinheit
<b>JA</b>		
POS 2013/000259	03.07.2013 22.01.2014	Angst Walter und Recher Alecs Umsetzung der Zielgruppenfokussierung des «Programms Wohnen» bei Geschäften, welche gemeinnützigen Bauträgern den Bau zusätzlicher Woh- nungen ermöglichen
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000270	10.07.2013 22.01.2014	Angst Walter Vergabe von Aufträgen an Dritte, Einhaltung der für die gleiche Arbeit gel- tenden Minimallöhne sowie der branchenüblichen Mindeststandards
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000344	02.10.2013 21.05.2014	Pflüger Severin und Tognella Roger Städtische Landreserven im Limmattal, Verwendung für Gewerbe- und In- dustrienutzungen
<b>NEIN</b>		

18 / 31

POS 2013/000417	27.11.2013 08.01.2014	SP-, SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktion Areal Bienenstrasse 45, Erstellung eines Gewerbehäuses
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000420	27.11.2013 11.12.2013	Angst Walter Definierung eines Budget-Plafonds für alle IT-relevanten Ausgaben der laufenden Rechnung
<b>JA</b>		
POS 2013/000429	04.12.2013 02.07.2014	Weyermann Karin und Schönbächler Marcel Verkauf der SBB-Gemeinde-Tageskarten an den Schaltern der Stadtkasse
<b>JA</b>		
POS 2013/000440	11.12.2013 02.07.2014	Angst Walter Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und Vertragspartner der Stadt, standardmässige Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Normen
<b>JA</b>		
POS 2014/000058	26.02.2014 12.03.2014	Scherr Niklaus Liegenschaft der Stiftung St. Jakob an der Kanzleistrasse 18, Verzicht auf Wohnungen im Luxussegment
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000083	19.03.2014 02.04.2014	Baumgartner Kläy Brigitte Sanierung der Wohnsiedlung Paradies, Reduktion der Anzahl Auto-Abstellplätze
<b>JA</b>		
POS 2014/000189	11.06.2014 02.07.2014	Piller Bernhard und Probst Matthias Verbot oder Einschränkung von Flugreisen der städtischen Angestellten und Behördenmitglieder auf kurzen und mittleren Distanzen
<b>JA</b>		
POS 2014/000285	10.09.2014 29.10.2014	Dubno Samuel und von Planta Gian Investorenwettbewerb für ein neues Fussballstadion, grössere Flexibilität für die Projekte
<b>JA</b>		
POS 2016/000185	01.06.2016 29.06.2016	Bürlimann Martin und Anken Walter Auflistung der langfristigen Schulden im Budget- und Rechnungsbuch der Stadt
<b>JA</b>		
<u>Sicherheitsdepartement:</u>		
POS 1985/000005	04.12.1985 20.08.1986	Ramer Silvia Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone
<b>NEIN</b>		

POS 2000/000249	24.05.2000 05.06.2002	Kuhn Rolf Breitensteinstrasse und Strasse Am Wasser, Verbesserung der Sicherheit
<b>NEIN</b>		
POS 2003/000099	19.03.2003 09.03.2005	Im Oberdorf Bernhard Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit
<b>NEIN</b>		
POS 2005/000453	09.11.2005 15.03.2006	Knauss Markus und Nielsen Claudia Hardbrücke, Auswertung der Sanierung für die künftige Verkehrsführung
<b>JA</b>		
POS 2006/000415	27.09.2006 29.09.2010	Bartholdi Roger und Stucker Rolf Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen
<b>NEIN</b>		
POS 2007/000106	07.03.2007 29.09.2010	im Oberdorf Bernhard und Bartholdi Roger Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs
<b>NEIN</b>		
POS 2008/000157	02.04.2008 03.11.2010	Kuhn Rolf Rousseaustrasse, Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000258	10.06.2009 08.02.2012	Bloch Süss Monika und Butz Marlène Höhere Verkehrssicherheit auf dem Bahnhofplatz des Bahnhofs Enge
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000330	08.07.2009 22.06.2011	Bartholdi Roger und Liebi Roger Überwälzung von Kosten für Polizeieinsätze nach Verursacherprinzip
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000519	11.11.2009 25.11.2009	Frei Dorothea und Graf Davy Verbesserung der Einsatzzeiten der Feuerwehr in den Quartieren Stettbach, Witikon sowie im Stadtteil Zürich West
<b>JA</b>		
POS 2010/000008	06.01.2010 08.02.2012	Nüssli-Danuser Andrea und Brander Simone Frankentalerstrasse, durchgängig eigene Busfahrspur vom Rütihof ins Frankental
<b>JA</b>		
POS 2010/000266	16.06.2010 12.01.2011	Utz Florian und Trevisan Guido Einführung von Tempo 30 auf der Strasse Am Wasser / Breitensteinstrasse
<b>NEIN</b>		
POS 2010/000426	06.10.2010 31.08.2011	Kälin Simon Überbauung Stadtraum HB, Benennung eines Maurice-Bavaud-Platzes anstelle des geplanten Le-Corbusier-Platzes
<b>NEIN</b>		

20 / 31

POS 2011/000098	30.03.2011 24.10.2012	Bourgeois Marc und Trevisan Guido Ausschluss der Teilnahme von uniformierten Angehörigen der Stadtpolizei Zürich an politischen Versammlungen, Kundgebungen oder Propaganda
<b>NEIN</b>		
POS 2011/000126	13.04.2011 31.10.2012	Schönbächler Marcel und Meier Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Limmatstrasse zwischen Limmatplatz und Escher-Wyss-Platz
<b>NEIN</b>		
POS 2011/000265	06.07.2011 24.08.2011	Hagger Joachim und Jäger Alexander Automatisierung von Dienstleistungen für Parkplatzbenutzer via Internet oder Mobiltelefon
<b>NEIN</b>		
POS 2011/000316	31.08.2011 30.01.2013	Knauss Markus und Dubno Samuel Erweiterung der Tempo-30-Zone auf Abschnitten der Alfred-Escher-Strasse, der Breitingenstrasse und der Sternenstrasse im Rahmen des privaten Gestaltungsplans «Hauptsitz Swiss Re»
<b>JA</b>		
POS 2011/000360	28.09.2011 30.01.2013	von Planta Gian und Wüthrich Katrin Einführung von Tempo 30 auf der Hardturmstrasse zwischen den beiden Verzweigungen mit der Förrlibuckstrasse
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000099	14.03.2012 30.01.2013	von Planta Gian und Trevisan Guido Einrichtung einer Begegnungszone mit Tempo 20 an der Regensdorferstrasse zwischen Brühlweg und Holbrigstrasse
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000195	09.05.2012 30.01.2013	Küng Peter und Huber Patrick Hadi Verbesserung der Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger an der Bullingerstrasse zwischen Herdernstrasse und Bullingerplatz
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000338	12.09.2012 27.03.2013	Fehr Urs und Schatt Heinz Effizientere Bewirtschaftung der Bootsplätze und Bojen im Zürcher Seebecken
<b>JA</b>		
POS 2013/000039	06.02.2013 27.03.2013	Sangines Alan David und Mariani Mario Fahrverbot auf dem Trottoir bei der Bushaltestelle des Bahnhofs Altstetten
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000009	08.01.2014 22.01.2014	CVP-Fraktion Fahrverbotszonen der Stadt, Verzicht auf eine Zufahrtsbewilligung mit Gebührenerhebung für die Zufahrtsberechtigten
<b>NEIN</b>		

POS 2014/000107	02.04.2014 17.09.2014	Knauss Markus und Probst Matthias Verbesserung der Sicherheit zwischen Stauffacher und Sihlporte mit einem Velostreifen
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000118	09.04.2014 17.09.2014	Lamprecht Pascal und Sangines Alan David Markierung eines Fussgängerstreifens auf der Albisriederstrasse auf der Höhe Lyrenweg / Im Kratz
<b>JA</b>		
POS 2014/000164	21.05.2014 11.06.2014	Scherr Niklaus und Schiller Christina Liberaler Handhabung der Bewilligungspflicht für Einzelsalons sowie Aufhebung des Grundsatzverbots für sexgewerbliche Nutzungen in Zonen mit mindestens 50 % Wohnanteil
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000203	18.06.2014 02.07.2014	Silberring Pawel und Steger Heinz F. Erweiterung der Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000227	02.07.2014 17.09.2014	Knauss Markus und Moser Felix Personalwerbung der Stadtpolizei, Ausrichtung auf das Anforderungsprofil sowie Berücksichtigung der gesellschaftlichen Wertschätzung
<b>JA</b>		
POS 2014/000294	17.09.2014 05.11.2014	Merki Markus und Sobernheim Sven Verbesserung der Sicherheit auf dem Trottoir der Schaffhauserstrasse zwischen der Bühlwiesenstrasse und der Bahnunterführung
<b>JA</b>		
POS 2014/000351	05.11.2014 19.11.2014	Steger Heinz F. und Ackermann Ruth Ausrückkonzept der Feuerwehr von Schutz & Rettung in den Stadtkreisen 11 und 12, Weiterführung des bestehenden Konzepts bis zur Inbetriebnahme der Berufsfeuerwehr-Wache an der Binzmühlestrasse
<b>JA</b>		
POS 2014/000385	26.11.2014 12.12.2014	Leitner Verhoeven Andrea und Angst Walter Höhere Fachschule für Rettungsberufe (HFRB), Einführung eines eigenen Rechnungskreises ab 2016
<b>NEIN</b>		
POS 2015/000020	21.01.2015 18.03.2015	Silberring Pawel und Wyler Rebekka Passantenstopper bei Läden in Seitengassen von Kernzonen, Anpassung der Bewilligungskriterien
<b>NEIN</b>		
POS 2015/000104	08.04.2015 01.07.2015	Bär Linda und Silberring Pawel Sechseläutenplatz, Zulassung von künstlerischen Darbietungen
<b>NEIN</b>		

22 / 31

POS 2015/000105	08.04.2015 01.07.2015	Altinay Petek und Probst Matthias Strassenkunst in der Stadt, Liberalisierung der Praxis
<b>JA</b>		
POS 2015/000286	02.09.2015 30.09.2015	Widmer Katharina und Richter Derek Warteliste für einen Bootsplatz in Zürich, bevorzugte Behandlung von Personen mit Wohnsitz in der Stadt
<b>JA</b>		
<u>Gesundheits- und Umweltdepartement:</u>		
POS 2002/000332	11.09.2002 30.10.2002	SP-, FDP- und CVP-Fraktion Flugverkehr, Betriebsvarianten
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000405	16.09.2009 22.08.2012	Savarioud Marcel Schutz vor Lärm des Wohngebietes beidseits der Überlandstrasse
<b>JA</b>		
POS 2011/000200	08.06.2011 22.06.2011	Anhorn Ruth und Weiss Urs Verhinderung der Geruchsimmissionen des Pissoirs am Bürkliplatz
<b>JA</b>		
POS 2013/000023	23.01.2013 21.08.2013	SP-, Grüne- und GLP-Fraktion Einführung von Tempo 30 auf kommunalen Strassen, auf welchen die Lärmgrenzwerte überschritten werden
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000088	13.03.2013 10.09.2014	Hüni Guido und Garcia Isabel Verzicht auf die Verwendung von Fleisch aus in- und ausländischer Massentierhaltung in den städtischen Verpflegungsbetrieben sowie vermehrtes Angebot an vegetarischen Menüs
<b>NEIN</b>		
POS 2015/000171	03.06.2015 01.07.2015	Savarioud Marcel und Weyermann Karin Einrichtung einer weiteren Kindertagesstätte für das städtische Gesundheitspersonal der Alters- und Pflegezentren und des Stadtpitals Waid
<b>JA</b>		
POS 2015/000246	08.07.2015 18.11.2015	Kunz Markus und Probst Matthias Bericht zur Verwendung von Biogas als Energieträger für stationäre Heizungen
<b>NEIN</b>		
<u>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement:</u>		
POS 2001/000340	20.06.2001 14.01.2004	Zimmermann Markus und 4 Mitunterzeichnende Limmatuferzone in Wipkingen, Aufwertung
<b>NEIN</b>		

POS 2003/000370	01.10.2003 18.01.2006	Bartholdi Roger und im Oberdorf Bernhard Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs
<b>NEIN</b>		
POS 2006/000222	07.06.2006 14.05.2008	Seidler Christine und Mariani Mario Familiengärten, Ersatzstandorte
<b>NEIN</b>		
POS 2008/000396	03.09.2008 02.06.2010	Mariani Mario und Schönbächler Robert Wipkingerplatz, Aufwertung
<b>JA</b>		
POS 2009/000285	24.06.2009 08.12.2010	Bloch Süss Monika und Kisker Gabriele Bessere Zugänglichkeit der SZU-Haltestelle Brunau
<b>JA</b>		
POS 2010/000028	16.09.2009 13.01.2010	Käppeli Hans Jörg und Odermatt André Lückenlose Wegführung auf dem Velonetz um den Bahnhof Oerlikon
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000425	23.09.2009 08.06.2011	SVP-Fraktion Sicherstellung der verfügbaren Anzahl Parkplätze gemäss Stand 1990
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000514	11.11.2009 09.03.2011	Spieler Frauenfelder Marianne und Jahreiss-Montagnani Fiammetta Bahnhof Wollishofen, behinderten- und familiengerechter Zugang zu den Perrons und zum Seeufer
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000572	02.12.2009 09.12.2009	SP- und Grüne-Fraktion Strasseninfrastruktur, Reduktion der Investitionen in Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr, verkehrsberuhigende Rückbauten von Strassen und Ausbau der Velowege
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000599	11.12.2009 29.02.2012	Bloch Süss Monika und Abele Martin Fussgängerführung vom Areal Sihlcity bis zur Haltestelle Sihlcity Nord
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000233	03.02.2010 06.06.2012	Cerliani Pierino und Nagel Ueli Ökologische Vernetzung, Schaffung einer rechtlichen Grundlage
<b>JA</b>		
POS 2010/000319	14.07.2010 25.08.2010	Käppeli Hans Jörg und Tognella Roger Verbreiterung der Bushaltestelle Bahnhof Oerlikon Ost zur Verbesserung der Sicherheit
<b>NEIN</b>		
POS 2010/000458	03.11.2010 07.11.2012	Mariani Mario und Schönbächler Marcel Stadtbahn Limmattal, Verknüpfung mit dem Städtzürcher Tramnetz
<b>JA</b>		

POS 2011/000055	02.03.2011 13.04.2011	SP-, Grüne-, GLP-, AL-Fraktion und parlamentarische Gruppe EVP Erarbeitung Masterplan Mobilität zur Erreichung der CO <sub>2</sub> -Emissionsziele
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000405	06.04.2011 07.11.2012	Aubert Marianne und Käppeli Hans Jörg Haltestelle Klusplatz, benutzerfreundliche und behindertengerechte Gestaltung
<b>NEIN</b>		
POS 2011/000122	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen
<b>NEIN</b>		
POS 2011/000123	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion Einhaltung der Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz der Bauarbeiter auf städtischen Baustellen
<b>JA</b>		
POS 2011/000127	13.04.2011 07.11.2012	Jäger Alexander und Uttinger Ursula Winterdienst Stadt Zürich, Einschränkung des Streusalzverbrauchs
<b>JA</b>		
POS 2011/000202	08.06.2011 20.03.2013	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Ausbau des Velowegnetzes ohne Nachteile und Gefahren für die Fussgängerinnen und Fussgänger
<b>NEIN</b>		
POS 2011/000335	14.09.2011 17.04.2013	Hagger Joachim und Jäger Alexander Errichtung eines automatischen, kostenpflichtigen Parkiersystems für Velos
<b>NEIN</b>		
POS 2011/000464	07.12.2011 17.04.2013	Di Concilio Salvatore Paradeplatz, Errichtung eines Trinkwasser-Brunnens
<b>JA</b>		
POS 2011/000477	07.12.2011 21.12.2011	Brander Simone Realisierung von Kapphaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000068	29.02.2012 14.03.2012	Wepf Mirella und Manser Joe A. Entfernung oder Kürzung der Hecke auf der Seeseite des Utoquais
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000103	14.03.2012 05.06.2013	Kälin Simon und Butz Marlène Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und Seebach erbrachten Dienstleistungen mittels Vergabe von Leistungsaufträgen an die Trägervereine
<b>NEIN</b>		

POS 2012/000154	04.04.2012 05.06.2013	von Matt Hans Urs und Wepf Mirella Realisierung einer direkten Veloroute von der Eichstrasse (Kehrplatz) zur rechtsseitigen Sihlpromenade Richtung City
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000210	23.05.2012 05.06.2013	Aubert Marianne und Rothenfluh Gabriela Erstellung eines von der Fahrbahn abgesetzten Fuss- und Velowegs parallel zur Seebacherstrasse ab der Bahnunterführung bis zum Friedhof Schwandenholz
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000213	23.05.2012 13.06.2012	Recher Alecs Schaffung einer durchgängig sicheren Verbindung für Radfahrende auf der Forchstrasse zwischen Rehalp / Stadtgrenze und Stadelhofen
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000259	20.06.2012 04.07.2012	Käppeli Hans Jörg Haltestelle Sihlpost, Ausrüstung der Buskanten mit einem «Kasseler Sonder- bord»
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000015	16.01.2013 27.11.2013	Aubert Marianne und Sangines Alan David Steigerung der Aufenthaltsqualität durch Erhöhung der Anzahl Sitzbänke
<b>JA</b>		
POS 2013/000070	06.03.2013 20.03.2013	Käppeli Hans Jörg und Schönbächler Marcel Optimierung der Buskanten bei der Haltestelle Hardbrücke
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000109	27.03.2013 10.04.2013	Scheck Roland und Hüssy Kurt Öffentliche Ausschreibung für die Beschaffung der Kehrrechtgebührensäcke
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000135	10.04.2013 12.06.2013	Hagger Joachim und Piller Bernhard Entlastung bei den einmaligen Konzessionsgebühren bei Gebäuden, die energetisch saniert werden und öffentlichen Raum beanspruchen
<b>JA</b>		
POS 2013/000167	15.05.2013 27.11.2013	Knauss Markus und Probst Matthias Anpassung der Randabschlüsse bei Veloführungen über Trottoirs
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000301	22.05.2013 04.09.2013	Kisker Gabriele und Würth Eva-Maria Areal Dunkelhölzli, Ausarbeitung eines Projektkredits, der sämtliche Kosten der Nutzung der umgezonten Fläche miteinbezieht
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000295	28.08.2013 26.02.2014	Kälin Simon und Luchsinger Martin Darstellung der Kunstwerke im öffentlichen Raum auf dem Online-Stadtplan
<b>JA</b>		

POS 2013/000316	11.09.2013 26.03.2014	SP-, Grüne- und AL-Fraktion Umsetzung der Städte-Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs, Erarbeitung eines Planungsinstruments zur Förderung des Fussverkehrs
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000346	02.10.2013 13.11.2013	Kisker Gabriele und Knauss Markus Gestaltungsplan Zollstrasse, optimale Nutzung der Versickerungseignung des Gestaltungsplangebiets
<b>JA</b>		
POS 2013/000422	27.11.2013 08.01.2014	Recher Alecs und Kisker Gabriele Gestaltungsplan Belvoirpark, Ersatz des Kleinkinderspielplatzes im Park an einem für die Bedürfnisse von Kleinkindern angepassten Ort
<b>JA</b>		
POS 2014/000021	22.01.2014 26.03.2014	Bär Linda und Kraft Michael Parkanlage Platzspitz, durchgehende Öffnung des Parks
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000042	05.02.2014 26.02.2014	FDP-, GLP- und CVP-Fraktion Ausschreibung für ein Fahrradverleihsystem, Finanzierung des Aufbaus und des Betriebs durch den Betreiber
<b>JA</b>		
POS 2014/000045	05.02.2014 09.07.2014	Strub Jean-Daniel und Luchsinger Martin Juliastrasse, Einrichtung einer Begegnungszone oder einer autofreien Strasse
<b>JA</b>		
POS 2014/000070	12.03.2014 26.03.2014	Knauss Markus und Probst Matthias Umgestaltung der Lintheschergasse zwischen Bahnhofplatz und Schweizergasse als attraktive Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000096	26.03.2014 06.04.2014	Würth Eva-Maria und Weyermann Karin Bahnhof Tiefenbrunnen, Verbesserung der Umgebung, der Zugänglichkeit, der Aufenthaltsqualität sowie des Quartiernutzens
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000108	02.04.2014 09.07.2014	Knauss Markus und Probst Matthias Zusätzliche Veloabstellplätze an der Hardstrasse und auf der Hardbrücke
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000155	14.05.2014 01.10.2014	Edelmann Andreas und Wyler Rebekka Binz-Quartier, bessere Erschliessung für den Fuss- und Veloverkehr
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000187	11.06.2014 01.10.2014	Küng Peter und von Planta Gian Errichtung einer Kapphaltestelle am Stauffacher für die in Richtung Hardplatz fahrenden Trams der Linie 8
<b>JA</b>		



27 / 31

POS 2014/000188	11.06.2014 05.11.2014	Knauss Markus und Kisker Gabriele Ersatzlose Aufhebung der Parkplätze auf dem Prediger- und dem Zähringerplatz
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000338	29.10.2014 05.11.2014	Bürlimann Martin und Hüsey Kurt Metallrückgewinnung aus Kehrrichtschlacke, Rückerstattung der Erlöse an die Gebührenzahler
<b>JA</b>		
POS 2014/000382	26.11.2014 13.12.2014	SP-, Grüne- und GLP-Fraktion Vermehrte Berücksichtigung von Velomassnahmen bei Strassenbauprojekten sowie Lärmsanierung von Strassen mit Massnahmen an der Quelle
<b>NEIN</b>		
POS 2014/000384	26.11.2014 13.12.2014	Probst Matthias Ausschliessliche Installation der kostengünstigen Veloabstellbügel Typ «Velo-graffe»
<b>NEIN</b>		
<u>Hochbaudepartement:</u>		
POS 1975/000001	10.12.1975 28.04.1976	Bürcher Beat und 27 Mitunterzeichnende Kasernenareal, künftige Nutzung
<b>NEIN</b>		
POS 1987/000023	09.12.1987 09.11.1988	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Erlass eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes
<b>NEIN</b>		
POS 1989/000322	07.06.1989 28.06.1989	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Gesamtstädtisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept
<b>NEIN</b>		
POS 1995/000154	09.05.1995 07.06.1995	Kommission Raumbewirtschaftung Raumbedarf, Mitteilung von Veränderungen
<b>JA</b>		
POS 1995/000386	22.11.1995 04.09.1996	Vögeli Esther und 3 Mitunterzeichnende Kasernenareal, öffentliche Nutzung
<b>NEIN</b>		
POS 1998/000344	28.10.1998 13.01.1999	Zimmerling Enkelmann Anita und Bucher Judith Kasernenareal, Zuführung zu einer gesamtstädtischen Nutzung und Auflösung des Polizeigefängnisses
<b>NEIN</b>		
POS 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
<b>NEIN</b>		

POS 2006/000071	08.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Seidler Christine Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften, Planungsgewinne
<b>NEIN</b>		
POS 2008/000502	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Entwicklungsplanungen für SBB-Areale, Planungsmoratorium
<b>NEIN</b>		
POS 2009/000023	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Offene Planung für SBB-Areale, Vorlage einer Weisung
<b>NEIN</b>		
POS 2010/000034	20.01.2010 16.12.2011	Seidler Christine Soziale Nachhaltigkeit auf Quartier- oder Siedlungsebene, Erarbeitung von Leitbildern
<b>NEIN</b>		
POS 2012/000155	04.04.2012 04.07.2012	Huber Patrick Hadi und Küng Peter Quartiernahe Nutzung des Kasernenareals
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000179	23.05.2012 22.05.2013	Bürlimann Martin und Hauri Theo Verkauf oder Abgabe im Baurecht der nicht benötigten Grundstücksfläche beim Unterwerk Oerlikon
<b>JA</b>		
POS 2013/000019	16.01.2013 06.02.2013	Wolff Richard Aufgabe des Mietobjekts Tödistrasse nach Ablauf des festen Mietvertrags mit der SIAT im März 2018
<b>JA</b>		
POS 2013/000110	27.03.2013 23.10.2013	Wolff Richard Kunstsammlung der Stadt, verbesserter Zugang für die Öffentlichkeit
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000204	05.06.2013 23.10.2013	Kisker Gabriele und Knauss Markus Bauten im Gebiet Dunkelhölzli, Herstellung des rechtmässigen Zustands
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000377	06.11.2013 29.01.2014	Grüne-Fraktion Zuwachs an Schülerinnen und Schülern, Schaffung planerischer Grundlagen für die Sicherung des benötigten Schulraums
<b>NEIN</b>		
POS 2013/000391	13.11.2013 20.11.2013	Grüne-Fraktion Platzierung der ZM-Pavillons ohne Beeinträchtigung der Freihaltezonen und der von Schülerinnen und Schülern genutzten Freiflächen
<b>NEIN</b>		

POS 2014/000111	02.04.2014 25.06.2014	Nabholz Ann-Catherine und Dubno Samuel Reduktion der Anzahl Videokameras zur Vandalismusprävention an Schulgebäuden
--------------------	--------------------------	--

**NEIN**

POS 2014/000204	18.06.2014 12.11.2014	GLP-Fraktion Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung
--------------------	--------------------------	---

**NEIN**

Departement der Industriellen Betriebe:

POS 2000/000445	13.09.2000 21.05.2003	Bögle Heinz und Zimmerling Enkelmann Anita Hardplatz–Bahnhof Hardbrücke, Erstellung einer Tramverbindung
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2009/000257	10.06.2009 19.08.2009	Savarioud Marcel und Makwana-Boss Elisabeth Expressbus-Verbindung vom Bahnhof Stettbach zum Zoo
--------------------	--------------------------	--

**JA**

POS 2009/000329	08.07.2009 26.01.2011	Z'raggen Marcel und Schönbächler Robert Ausrüstung sämtlicher Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs mit Videoüberwachung
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2012/000101	14.03.2012 28.03.2012	Hänni-Etter Cäcilia und Garcia Isabel Goldbrunnenplatz, Installation eines Wetterschutzdaches bei der Haltestelle des Busses 32 Richtung Strassenverkehrsamt
--------------------	--------------------------	---

**JA**

Schul- und Sportdepartement:

POS 2008/000238	28.05.2008 01.09.2010	Liebi Roger und Tuena Mauro Schulwegerleichterungen, Kostensenkung
--------------------	--------------------------	---

**NEIN**

POS 2010/000299	07.07.2010 13.11.2012	Straub Esther und Gut Christoph Schaffung einer zentralen Informations- und Anlaufstelle in den Schulkreisen
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2013/000050	27.02.2013 13.03.2013	Uttinger Ursula und Strub Jean-Daniel Musikschule Konservatorium Zürich, Verzicht auf die Rezertifizierungen
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2013/000317	11.09.2013 25.06.2014	Küng Peter und Schmid Michael Entwicklung eines Lehrmittels zur Stadt Zürich für die Schülerinnen und Schüler der Volksschule
--------------------	--------------------------	--

**JA**

POS 2013/000390	13.11.2013 25.06.2014	Esseiva Nicolas und Straub Esther Ferienangebot des Schul- und Sportdepartements, vermehrtes Angebot von ganz- und mehrtägigen Schulkultur-Programmen
--------------------	--------------------------	--

**NEIN**

POS 2014/000391	03.02.2014 17.12.2014	SP- und Grüne-Fraktion Schliessung von Quartierstandorten der Pestalozzi-Bibliothek (PBZ), Kompensation durch eine Zusammenarbeit mit anderen Anbieterinnen und Anbietern
--------------------	--------------------------	--

**NEIN**

Sozialdepartement:

POS 2012/000236	06.06.2012 20.06.2012	Schwendener Thomas und Regli Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorgesehener Standorte für Asylzentren der AOZ
--------------------	--------------------------	--

**NEIN**

POS 2014/000126	16.04.2014 25.06.2014	Silberring Pawel und Traber Christian Areal des GZ Leimbach, Einrichtung einer öffentlichen Kinderkrippe
--------------------	--------------------------	---

**JA**

POS 2014/000270	03.09.2014 29.10.2014	SP-, FDP-, Grüne- und CVP-Fraktion Nutzung des Pavillons beim GZ Leimbach für soziokulturelle Aktivitäten der Quartierbevölkerung
--------------------	--------------------------	--

**JA**

POS 2015/000302	09.09.2015 04.11.2015	Savarioud Marcel und Sangines Alan David Pilotprojekt für eine unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen durch Privatpersonen
--------------------	--------------------------	--

**JA**

POS 2016/000250	29.06.2016 06.07.2016	Sangines Alan David und Roy Shaibal Pilotprojekt «Gastrokurs mit Zertifikat», Öffnung auch für Asylsuchende im laufenden Verfahren
--------------------	--------------------------	---

**JA**

## 7. Antrag und Schlussabstimmung

### Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2016 (Beilage, Fassung vom März 2017) wird abgenommen.

---

Referent zur Vorstellung des Berichts: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:           Vizepräsidentin Christine Seidler (SP), Referentin; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP),  
Simon Kälin (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Michail Schiwow (AL),  
Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)

Minderheit:       Walter Anken (SVP), Referent; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Für die Geschäftsprüfungskommission

Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Sekretär Gregor Bucher

Zürich, 4. September 2017